

## Presseschau vom 21.03.2014

Quellen: ITAR-TASS, Interfax, RIA Novosti, russland.ru, Agentur Kriminform, Sewastopoler Gebietszeitung

### Russland, Ukraine:

- Die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine hat ermittelt, dass die Scharfschützen, die auf dem Maidan (Unabhängigkeitsplatz in Kiew) geschossen hatten, ukrainische Bürger sind, meldete die Nachrichtenagentur UNIAN unter Hinweis auf einen Kommentar des Generalstaatsanwalts des Landes, Oleg Machnizki.  
**„Die Identität der Scharfschützen, die auf dem Maidan geschossen hatten, ist festgestellt. Ihre Namen kann ich nicht nennen. Aber sie sind bekannt. Vorläufig sind das nur ukrainische Bürger“**, sagte Machnizki im Fünften Kanal.  
Nach Ansicht von Alexej Puschkow, Leiter des auswärtigen Ausschusses der Staatsduma (russisches Parlamentsunterhaus), gibt es zwischen den europäischen Parlamentariern selbst Meinungsverschiedenheiten zur Frage der Scharfschützen. Puschkow wies auch darauf hin, dass die heutigen ukrainischen Behörden sich Mühe geben würden, alles zu tun, damit die sie entlarvenden Informationen nicht ans Licht kämen.
- Die Aussagen des Westens über die „Krim-Annexion“ seien eine Beleidigung der Rechte von Krim-Bewohnern, sagte heute Russlands Außenamtschef Sergej Lawrow vor dem Föderationsrat in seiner Erklärung zum Beitrittsvertrag.  
„Wenn die ausländischen Kollegen zum Wort „Annexion“ greifen, schlage ich nur eines vor: Lassen Sie Ihre Pressedienste die Videoaufnahmen aus der Krim sehen, auf denen sich die Einwohner der Halbinsel über den Beitritt zu Russland aufrichtig freuen“, so der Minister.  
Russland hätte seine Brüdervölker unmöglich im Stich gelassen und konnte ihren Hilferuf keinesfalls ignorieren, weil ihnen die jetzigen ukrainischen Behörden keine Wahl gelassen hatten.
- Russland enthält sich vorerst jeglicher Gegensanktionen in Bezug auf die USA und der Einführung von Visapflicht für die Ukraine, erklärte der russische Präsident Wladimir Putin bei der Sitzung des Sicherheitsrates.
- Moskau rechnet damit, dass der Westen die Aussichtslosigkeit der Sanktionen einsieht und beginnt, mit Russland auf ehrliche und gleichberechtigte Weise zusammenzuarbeiten, erklärte der russische Außenminister Sergej Lawrow.  
„Es geht nicht darum, dass jemand bestraft wird, sondern darum, dass alle den Anteil ihrer Verantwortung für die Umstände einsehen, unter denen das ukrainische Volk sein Schicksal selbst bestimmen konnte“, sagte er.
- Der bekannte amerikanische Großinvestor George Soros hat der US-Administration vorgeschlagen, Russland für die Krim-Eingliederung mit einer Senkung der Ölpreise zu bestrafen, meldet die Agentur Bloomberg am Freitag.  
Die härteste Sanktion gegen Russland wäre es Soros zufolge, wenn die USA einen Teil ihrer strategischen Ölreserven zum Verkauf anbietet würden. Das erhöhte Angebot würde die Preise auf dem Ölmarkt nach unten drücken, als Folge würden die Einnahmen des russischen Staatshaushalts sinken.
- Kundgebungen zur Unterstützung des russischen Standpunktes zur Krim werden in den italienischen Städten Venedig und Vicenza stattfinden, teilte Albert Gardin, Leiter der öffentlichen Organisation „Regierung von Venetien“ mit.  
Ihm zufolge sei die Städtewahl kein Zufall, denn in Vicenza befinde sich ein großer US-Militärstützpunkt; Venedig hingegen ist das Verwaltungszentrum der Region

Venetien, für deren Unabhängigkeit die Stadteinwohner plädieren.  
Die von der öffentlichen Organisation veranstalteten Demonstrationen finden am 22. März statt.

- Nicaragua hat die Bewohner der Krim und das Referendum unterstützt.
- Der Außenminister Armeniens sagte, dass die Regierung seines Landes das Recht der Völker auf Selbstbestimmung unterstützt und das Referendum der Krimbewohner respektiert.
- Der UN-Generalsekretär Ban Ki Moon meint, dass man die russisch-ukrainische Krise nur auf friedliche Weise regeln kann.  
Nach seinem Treffen mit dem Vorsitzenden der Obersten Rada sowie amtierenden Präsidenten der Ukraine Aleksander Turtschinow am Freitag in Kiew bemerkte Ban Ki Moon, es sei ein richtiger konstruktiver Dialog zwischen Kiew und Moskau notwendig. Er forderte beide Seiten auf, sich provokativer Handlungen zu enthalten, weil dies die Situation verschlimmern könnte.  
Der Meinung des UN-Generalsekretärs nach muss man den Einfluss radikaler Elemente vermeiden. Er äußerte die Hoffnung, dass sich die ukrainische Seite für diese Herangehensweise entscheidet.
- **Die ukrainische Regierung hat dem Leiter des Rechtssektors Dmitri Jarosch 23 Kindergesundheitslager zur Verfügung gestellt, damit sie als Übungsbasen für die Jugendreserve der Nationalgarde benutzt werden.** Das berichtete ein Abgeordneter der Obersten Rada von der Fraktion Swoboda, der anonym bleiben wollte.  
**Ihm zufolge werden den Kämpfern allgemeine Truppenkunde, Diversion, Nahkampf und Minenwesen beigebracht.**
- Der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch ist nach Ansicht von Russlands Regierungschef Dmitri Medwedew gesetzwidrig entmachtet worden. „Daher sind die neuen ukrainischen Behörden nicht legitim“, schrieb Medwedew am Freitag auf seiner Facebook-Seite.  
**„Menschen auf der Straße (in Kiew) hatten das Recht auf friedlichen Protest gegen Korruption und Behördenwillkür. Aber eine Machtübernahme durch einen bewaffneten Staatsstreich, durch Gewalt und Totschlag, ist unzulässig.** Janukowitsch wurde gesetzwidrig entmachtet. Daher ist er als ein gewaltsam gestürzter legitimer Präsident zu betrachten“, fuhr Medwedew fort.  
**„Dessen sollten sich alle bewusst werden, darunter auch die Vertreter des Maidan, die jetzt in der Regierung und in der Rada sitzen, aber auch politische Funktionäre in Kiew und unsere westlichen Partner.“**  
Der russische Regierungschef betonte ferner, **dass die neuen ukrainischen Behörden nicht nur nicht legitim sind, sondern keinen realen Einfluss auf die Situation im Land haben.** „Das ist noch schlimmer“, schrieb Medwedew.
- Bei Interpol ging der russische Antrag auf offizielle Fahndung nach dem Führer des ukrainischen „Rechten Sektors“ Jarosch ein, der wegen extremistischer und terroristischer Handlungen gesucht wird.
- Eine große Unterstützungsaktion läuft in Russland für die von den US-Sanktionen betroffenen Banken. Putin und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens eröffneten demonstrativ Konten bei diesen Instituten.

**Krim:**

- Die Regierung der Krim ist im Gespräch mit den Krim-Tataren. Es geht um die Besetzung der zugesicherten Regierungsposten.
- Auf der Krim wird gegen Spekulanten und Korruption vorgegangen. Außerdem wurde zum Schutz der Wirtschaftsgüter ein Gesetz erlassen, das Konkursverfahren für Betriebe verbietet.
- In den Geschäften wurden die Waren sowohl in der ukrainischen Grischna, als auch in Rubeln ausgepreist.
- Die Krim baut seine Industrie aus.

### **Südostukraine:**

- Die Ostukraine kommt nicht zur Ruhe. Wegen der Verhaftung prorussischer Oppositionsführer und der Forderung nach einem Referendum über den Verbleib bei der übrigen Ukraine sind für das kommende Wochenende weitere Proteste geplant.
- Im Donezker Gebiet fand am 15. März eine konspirative Tagung der „Arbeiterfront der Ukraine“ statt, die Strategien zur Befreiung der Südostukraine von der nationalistisch-faschistischen Bandera-Okkupation beriet. Die „Arbeiterfront“ vereint zahlreiche lokale Organisationen, die in Opposition zur derzeitigen Macht in Kiew stehen und für mehr Selbstbestimmung sowie gegen die faschistischen Strömungen in der Ukraine auftreten.